

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat II, Stadtplanungsamt

Erweiterung der Wild-Werke auf
Heidelberger Gemarkung

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 07. August 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Be- schlussempfehlung	Handzeichen
Bauausschuss	20.07.2006	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	02.08.2006	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

*Der Bauausschuss empfiehlt den folgenden Beschluss des Gemeinderates:
Die Erweiterungswünsche der Wild-Werke auf Heidelberger Gemarkung östlich der Bundesautobahn 5 werden im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans geprüft.*

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Schreiben von Herrn Dr. Hans-Peter Wild (Vertraulich nur zur Beratung in den Gremien)

Sondersitzung des Bauausschusses vom 20.07.2006

Vor Eintritt in die nicht öffentliche Tagesordnung stellt Frau Stadträtin Dr. Greven-Aschoff den **Geschäftsordnungs-Antrag**:

den Tagesordnungspunkt 3 nicht öffentlich abzusetzen, da die Unterlagen in den Fraktionen nicht mehr besprochen werden konnten.

Abstimmungsergebnis: mit 04: 04 Stimmen abgelehnt

Ergebnis der nicht öffentlichen Sondersitzung des Bauausschusses vom 20.07.2006

3 **Erweiterung der Wild-Werke auf Heidelberger Gemarkung** Beschlussvorlage 0253/2006/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Krczal, Stadtrat Gund, Stadtrat Weber

Es werden folgende Punkte angesprochen:

- Gibt es eine Bauvoranfrage ?
- Änderung des Regionalplans
- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz bittet ihm nochmals den Abgrenzungsplan „Gäulschlag“ zuzuschicken.

Frau Friedrich vom Stadtplanungsamt sagt dies zu.

Nach einer kurzen Beratung stellt

Herr Stadtrat Krczal den **Antrag**:

„ohne Beschluss in den Gemeinderat“

Abstimmungsergebnis: angenommen

gez.

Prof. Dr. Raban von der Malsburg
Erster Bürgermeister

Ergebnis: ohne Beschlussempfehlung behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 02.08.2006

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 02.08.2006

11 **Erweiterung der Wild-Werke auf Heidelberger Gemarkung** Beschlussvorlage 0253/2006/BV

Oberbürgermeisterin Weber stellt die Befangenheitsfrage. Es wird keine Befangenheit angezeigt.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Krczal, Stadtrat Weber, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Weiss, Stadtrat Lachenauer, Stadtrat Brants, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadträtin Hommelhoff, Stadtrat Pflüger, Stadtrat Schladitz, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Nimis, Stadträtin Marggraf, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Gundel, Stadtrat Weirich

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff berichtet, dass eine Kurzfassung eines Gutachtens (gutachterliche Stellungnahme) einigen Stadträtin vorliegt, das die Firma Wild beauftragt habe. Sie sei überrascht, dass das Institut (Ökoplan), das 1995 das Gutachten zum Klimaschutz in Heidelberg erstellt habe, nun zu dem Ergebnis komme, dass ein klimatischer Ausgleich möglich sei.

Sie stellt daher den **Antrag**

Beratung und Vorstellung des alten und neuen Gutachtens im Umweltausschuss am 22.11.2006 mit Anhörung eines Vertreters von Ökoplan.

Oberbürgermeisterin Weber bemängelt, dass ihr ein solches Schreiben nicht vorliegt. Sie findet das Vorgehen der Firma Wild, in Anbetracht dessen, dass sie als Vorsitzende des Gemeinderates nicht genauso gut informiert werde, wie die Mitglieder des Gemeinderates auch, ungehörig.

Stadtrat Lachenauer stellt den **Antrag**

Der Gemeinderat soll eine deutliche Stellungnahme abgeben mit der Aussage, dass sich die Stadt eine Erweiterung der Wild Werke auf Heidelberger Gemarkung nicht vorstellen könne.

Im Laufe der geführten Diskussion schließt sich Stadtrat Lachenauer dem Antrag der GAL-Grünen auf Beratung der Gutachten im Umweltausschuss am 22.11.2006 an und zieht seinen Antrag zurück.

Oberbürgermeisterin Weber macht deutlich, dass durch Zustimmung zur Verwaltungsvorlage die Beratung der Gutachten im Umweltausschuss am 22.11.2006 trotzdem möglich sei und **sagt eine solche mit Anhörung eines Vertreters von Ökoplan für den Umweltausschuss zu.**

Stadtrat Nimis könne sich ein interkommunales Gewerbemanagement mit der Stadt Eppelheim vorstellen, das zu einer Lösungsfindung beitragen könnte.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz übernimmt den zurückgezogenen Antrag von Stadtrat Lachenauer.

Nach einer erfolgten Sitzungsunterbrechung von 18.46 Uhr bis 19.23 Uhr und Äußerung verschiedener Änderungswünsche im Beschlusstext schlägt Oberbürgermeisterin Weber folgende Beschlussformulierung vor.

Die Erweiterungswünsche der Firma Wild auf Heidelberger Gemarkung östlich der Bundesautobahn 5 aber auch andere mögliche Standorte sollen gemeinsam mit Eppelheim im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans geprüft werden.

Sie stellt zuerst den Antrag von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz zur Abstimmung:

Eine Erweiterung der Firma Wild auf diesem Gelände können wir uns nicht vorstellen.

Abstimmungsergebnis: mit 10 : 22 : 7 Stimmen abgelehnt

Danach stellt sie den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss des Gemeinderates:

Die Erweiterungswünsche der Firma Wild auf Heidelberger Gemarkung östlich der Bundesautobahn 5 aber auch andere mögliche Standorte sollen gemeinsam mit Eppelheim im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans geprüft werden.

gez.

Beate Weber
Oberbürgermeisterin

Ergebnis: beschlossen mit Änderungen
Ja 31 Nein 9 Enthaltung 1

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
RK 1	+	Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern Begründung: Die Standortprüfung auf der Flächennutzungsplanebene führt zu einer abgestimmten und nachhaltigen Planung innerhalb des Nachbarschaftsverbandes und der innerhalb der Metropolregion.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Zielkonflikte sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

Begründung:

Mit Schreiben vom 04. Mai 2006 beantragte Herr Dr. Hans-Peter Wild bei der Stadt Heidelberg die Änderung des Regionalplans dahingehend, dass die Flächen östlich der Bundesautobahn 5 als Fläche für Industrie und Gewerbe ausgewiesen werden (siehe Anlage 1 zur Drucksache). Aufgrund dieses Schreibens wurde am 23. Mai 2006 eine Informationsstunde für den Gemeinderat der Stadt Heidelberg eingerichtet, in der Herr Wild die Erweiterungsabsichten der Wild-Werke östlich der Bundesautobahn 5 persönlich vortragen konnte.

Die großflächigen Erweiterungsabsichten stehen im Widerspruch zu den bestehenden Raumplanungen.

Im Regionalplan ist der betreffende Bereich verbindlich als schutzbedürftiger Bereich für die Landwirtschaft und als regionaler Grünzug ausgewiesen.

Sowohl im Flächennutzungsplan 1982 wie auch im aktuellen Flächennutzungsplan ist der Bereich als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Im aktuellen Flächennutzungsplan sind auf Eppelheimer Gemarkung gewerbliche Erweiterungsflächen südlich und westlich der Wild-Werke ausgewiesen. Eine Ausweisung von Gewerbeflächen östlich der Bundesautobahn, wie sie die Stadt Eppelheim im Nachgang der Beteiligung der Behörden mit Schreiben vom 01.12.2005 beim Nachbarschaftsverband beantragt hat, konnte sich im Rahmen der planerischen Abwägung nicht durchsetzen.

Der aktuelle Flächennutzungsplan wurde von der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg Mannheim in seiner Sitzung am 03. Mai 2006 beschlossen und am 13. Juli 2006 durch das Regierungspräsidium Karlsruhe genehmigt. Er enthält zwei Zeitstufen für die Inanspruchnahme der ausgewiesenen Flächen. Des Weiteren hat die Verbandsversammlung gleichzeitig mit dem Feststellungsbeschluss auch die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans beschlossen. Im Rahmen der Neuaufstellung soll die Erforderlichkeit der Flächenausweisungen im Verbandsgebiet detailliert untersucht werden.

gez.

B. Weber